

Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Jahrgang 216 für Anhalt und Thüringen. Nummer 485

Bezugspreis: vom 28. 10. — 1. 11. Mth. 10000 000 000. — Bestellungen nehmen sämtliche Postämter, Buchhandlungen und andere Anstalten entgegen. — Können demselben mit dem Betrag von 100 000 000 Mth. abgemacht werden.

Halle - Saale
Donnerstag, 1. Nov. 1925

Anzeigenpreis: (Grundsatz X. Schlußsatz des D. D. S. D. 24. III. 1.) Die Spalten 30 M. Mittelspalten 40 M., kleine 50 M., Familienanzeigen 30 M., Schlussanzeigen 300 M., Rabatt nach Tarif. Erschließungsort Halle-Saale. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Druck von Otto Uebele, Halle-Saale

Die Verhöhnung der Sozialdemokraten

Die neue sächsische Regierung

Der Druck der Sozialdemokraten

Berlin, 31. Oktober.
Wie der „Vorwärts“ mitteilt, haben angeführt der Vorgänge in Sachsen die sozialdemokratischen Reichsminister dem Reichstag die sozialdemokratischen Reichsregierung ihre Mithilfe mitgeteilt, aus der Reichsregierung auch bei einer Entscheidung über die Verhöhnung der Reichsregierung zu überlassen, die heute nachmittags 1 1/2 Uhr zum Termin.

Berlin, 31. Oktober.
Auf einer Konferenz der Berliner sozialdemokratischen Funktionäre wurde laut „Vorwärts“ eine Entschließung angenommen, in der von der Reichsregierung gegen Sachsen den sofortigen Rücktritt der sozialdemokratischen Minister aus der größten Koalition zu verlangen.

Stresemann und die Sozialdemokraten

Berlin, 31. Oktober.
Der Reichstagsminister, dem die sozialdemokratischen Minister ihre Mithilfe zugesagt haben, hat den Herren erwidert, er müsse jeder Verantwortung, wie es ihm die Pflicht gebietet, freigegeben, ihre Mithilfe nicht abzugeben, und man solle sich nicht unternehmen, ihm die Mithilfe zu verweigern, da der Reichstagsminister eine Entscheidung über die große Koalition an seine Verantwortung der Politik bindet, daß er auch ohne Sozialdemokraten weiter regieren wird. Die Möglichkeit einer Reichstagsauflösung im weiteren Verlauf der Zeit ist immer gegeben.
Die Reichsregierung hat Rechtszustände eingeführt, als eine Ministerkabinetregierung wie die neue sächsische Kabinetregierung unter parlamentarischer Mehrheit als die Verfassung entsprechende Regierung anzusehen sei, da in Sachsen kein eigenes Grundgesetz existiert. Die weiteren Entscheidungen der Reichsregierung werden von dem Inhalt des Reichstagsantrags abhängen.

Die neue sächsische Regierung

Dresden, 31. Oktober.
Der sächsische Landtag wurde gestern nachmittags um 12 1/2 Uhr nach der Eröffnung auf 6 Uhr abends vertagt, um den einzelnen Fraktionen Gelegenheit zu geben, zur gegenwärtigen Lage Stellung zu nehmen bzw. sich über die Wahl des neuen Ministerpräsidenten äußern zu lassen. Da die Verhandlungen im Landtag unter anderem am 6. Uhr abends nach seinem Ende geführt hatten, wurde die Plenarsitzung des Landtages weiterhin bis in die frühen Abendstunden vertagt.
In den Abendstunden wurde von sozialdemokratischer Seite folgende Ministerliste präsentiert:

- Ministerpräsident: Heilisch,
- Innen: Liebmann,
- Arbeit: Braune,
- Finanzen: Schmidt,
- Justiz: Reu,
- Außen: Fleißner,
- Wirtschaft: Krüger.

Während die Demokraten dieser Ministerliste zustimmen, lehnt die Deutsche Volkspartei sie ab, da die Namen Liebmann und Braune keine Gewähr für verfassungsmäßige Zustände in Sachsen bieten. Sie aus Berlin nach Dresden herüberkommene sozialdemokratischen Führer Otto Weis und Litzmann brachten den Koalitionsparteien damit, daß die Sozialdemokraten aus der großen Koalition im Reich ausgetreten werden, wenn in Sachsen die Wünsche der Sozialdemokraten nicht Rechnung getragen würde. Die Drohung schiedlerische Einigkeit die Demokraten als die Deutsche Volkspartei, die sich grundsätzlich mit einer sozialdemokratischen Ministerkabinetregierung erklärte. Nach langwierigen Sitzungen, die sich bis nach 1/2 Uhr ausdehnten, wurde der sozialdemokratische Abgeordnete Heilisch mit den sozialdemokratischen und demokratischen Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. Auch die oben genannten Minister wurden gewählt. Ob die neue Regierung, die von ihm nach besser ist, als die alte Regierung sein wird, ist sehr fraglich, da sie keine Mehrheit hinter sich hat.

Der Wahlakt

Dresden, 31. Oktober.
In der heutigen Nacht, die um 1/2 Uhr schloß, wählte der Landtag den Abgeordneten Heilisch (So.) mit 46 Stimmen zum Ministerpräsidenten. 18 Stimmen entfielen auf den Abgeordneten Raifer (D. Vp.). 7 Abgeordnete waren anwesend. Die Delegierten hatten nur Beginn der Wahl den

Saal verlassen während sich die Kommunisten der Abstimmung entziehen. Heilich nahm die Wahl an, worauf die Sitzung geschlossen und das Haus bis Dienstag, 6. November, vertagt wurde.

Ein Ultimatum der Kommunisten

Einer Mitteilung des „Vorwärts“ zufolge wurde eine ultimativ formulierte Forderung der K. P. D., bis Dienstag 6 Uhr abends eine Antwort auf die Frage zu erteilen, ob die sozialdemokratische Partei bereit sei, mit ihr sofort eine Einheitsfront zu bilden, im Anbetracht des Verhaltens der Kommunisten in Hamburg, Sachsen und anderwärts von dem sozialdemokratischen Fraktionsvorstand abgelehnt. In den in dem Schreiben der K. P. D. aufgeführten Forderungen wird die sozialdemokratische Reichsregierung fälschlich Stellung nehmen. Den Wählern zufolge haben auch das Zentrum und die Demokraten getrennt Fraktionsaktionen abgehalten, in denen der Wunsch zum Ausdruck kam, die Große Koalition aufrechtzuerhalten.

Der Generalfreistreich in Sachsen

Der Generalfreistreich in Sachsen scheint in seiner Ausdehnung täglich sehr vorwärt zu sein. Während in Chemnitz in vielen Betrieben getreift wird und selbst die Zeitungen und lebenswichtigen Betriebe vom Streik erfasst sind, während ferner in Zwickau ebenfalls überwiegend getreift wird — hier allerdings mit Ausnahme der lebenswichtigen Betriebe — ist in Dresden der Streik nur teilweise durchgeführt. Die „Sächsische Staatszeitung“ wird ebenfalls betroffen und erschießt am Dienstag nicht. In vielen Betrieben wurde beobachtet, daß die Arbeiter erst am Dienstag in der letzten Stunde von dem Streikbefehl Kenntnis erhielten und dann mit dem üblichen Terror „ohne Gewalt“ auf die Straße getrieben wurden. Weitere Verlegungen aus Pausen und der Strafe stellen auch dort Arbeitseinstellungen fest. Am Pfandhaus wurde der Streik, einem besonders ruhigen Viertel, ist vom Streik ausgesetzt wenig zu spüren. Im Freiberg, das wegen der blutigen Verhaftungen bereits einen großen Streik hat, ist die Arbeit am Dienstag zum größten Teil wieder aufgenommen worden. Soweit durch die Stilllegung lebenswichtigen Betriebe die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Elektrizität, Gas und Wasser gefährdet sind, wird der Reichsfraktionskommandeur nicht nur von seinen militärischen Machtmitteln Gebrauch machen, sondern auch nötigenfalls die Technische Rottfahne einlegen. In Leipzig wird allgemein gearbeitet.

Ebert von den sächsischen Genossen verstoßen

Dresden, 30. Oktober.
Der Bezirksvorstand der K. P. D. Bezirk Ost-Sachsen, der Dresden und die Rautschke Städte einschließt, hat eine Entschließung gefaßt, nach der der Reichspräsident Ebert nicht mehr als „Genosse“ betrachtet werden könne und sein Ausschluss aus der Partei gefordert werden müsse. Weiter verlangt der Bezirksvorstand Ost-Sachsens den sofortigen Rücktritt der sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts. Auch im Chemnitz und Glaucher Bezirk sind ähnliche Entschließungen gefaßt. Der Glaucher Bezirk sprach sogar dem „unempfindlichen“ Genossen Zeigner und seinem Kabinet die warmste Sympathie aus.

Verbot revolutionärer Aktionsausschüsse

Stuttgart, 31. Oktober.
Der kommandierende General des Wehrkreises verbot die Bildung von Aktionsausschüssen, die den gewalttätigen Kampf der Regierung herbeiführen sollen.

General Müller über die Truppen

Dresden, 30. Oktober.
Der Befehlshaber in Sachsen, Generalleutnant Müller, empfing einen Vertreter des Wehr. Vof. Ang. zu einer Unterredung, in deren Verlauf er folgendes ausführte:
Die Wehrverordnungen, mit denen man gegen unsere Truppen arbeitet, sind beispiellos. In Wahrheit ist die allgemeine Demittionierung der sächsischen Minister völlig bedeutungslos und unter Wahrung aller gesellschaftlichen Formen vollzogen worden. Auch der kommunistische Minister Heilich, der formalen Resicht entgegen, ist durch die K. P. D. zum Abstand gebracht worden, die Reschke, die fürchterlich in Umlauf sind, muß ich als freizeidenden bezeichnen. Sie sind durch den inzwischen veröffentlichten amtlichen Bericht hinlänglich enttarnt. Ueber die augenblickliche Lage läßt sich nicht wenig sagen. Man muß abwarten, wie der heutige Tag verläuft. Wie die Dinge gehen werden, nachdem die Kommunisten nicht mehr in der Regierung sind, weiß zurzeit kein Mensch. Im Augenblick wirkt der Streik, woran sich auch die sozialdemokratischen Arbeiter beteiligen. Ich höre übrigens aus den Bezirken der einzelnen Truppenkommanden, daß die Soldaten, die überall wahrhaftig mit den besten Einnahmen und Vorsicht aufzutreten, zum Teil außerordentlich günstig empfangen werden, namentlich Frauen sollen sich dabei besonders hervortun. Wir haben Fälle, in denen unsere Leute ins Gefecht geschickt wurde, ohne daß sie sich zur Wehr bekümmern.

Auflösung

von
Professor Dr. Martin Spahn.

Als die Frankophilen und die Sozialdemokraten im August 1900 stürzten, gab ihm ein besonders einflussreicher Örtungsindustrieller den letzten, den entscheidenden Stoß. Er tat dies, weil durch eine seines Erachtens rückständige Organisations des Reichstags mit der Stilllegung der Reichsregierung die Kommunisten das gesamte Wirtschaftsleben in die Gefahr einer augenblicklichen Lähmung gebracht hätten. Guno sei gewarnt gewesen und habe nicht vorgebeugt. So wurde Stresemann sein Nachfolger. Heute heißt es, daß die Reichsregierung wieder streifen wird. Stresemann hat nicht besser vorgebeugt als Guno. Wenn hat Stresemann nicht vorgebeugt? Was hat er sonst getan? Seine Regierung ist zur Unterbrechung, zum höchsten Zerfall gekommen. Das Kabinet berät unaufhörlich, meistens jedoch, um sich in sich selbst zu einigen. Den Zeit zu Zeit läßt es einen Maueranschlag drucken. Außerdem druckt es noch Papiergeld. Rings um es her geht der Verfall unaufhaltsam vor sich, der Verfall des Reiches und der Verfall des Volkes. Der Tag des wilhelminischen Zeitalters ist an seiner Spitze. Aus der Dämmerung ist das Dunkel geworden. Das Dunkel bekümmert uns die Seele, als ob es nie wieder Morgen werden könnte.

Das natürliche Ergebnis der wilhelminischen Politik war nach dem Verlassen der Bahnen Bismarcks die Weimarer Verfassung. Sie ist uns nicht nur aus den Verhandlungen der Nationalversammlung gerettet. Sie ist die Frucht des ganzen langen Vorkriegsalltags, seit dem Frühjahr 1890, da sich der junge Kaiser Bismarcks Anforderungen zur Auseinandersetzung mit dem Parlamentarismus und der Sozialdemokratie entsag. Die Franzosen haben ihre erste geschriebene Verfassung, von 1791 nicht lauter und beglückter geschrieben, als die Weimarer Verfassung für den Wert der Nation empfahlen. Aber auch in Frankreich ging die Revolution erst nach an, als die Verfassung fertig geworden war, als die Verfassung alles neues Leben einschloß, zerbröckelte und vergaltete.

Bei uns in der Gegenwart auf den Jungen, den die Weimarer Verfassung unserem Volkstum und unserem Staate antat, ein wenig länger Zeit gebraucht. Vier Jahre anstelle eines Jahres. Der Unterchied ist nicht von Belang. Es kommt darauf an, daß die Reaktion nicht ausgeblieben ist und da sie sich nun auswirkt, bedroht sie uns zum minderten ebenso bittig an Leib und Leben wie seinerzeit Frankreich.

Der bayerische Generalkommislar v. Rahr hat durchaus den Finger auf die Stelle gelegt, auf die es ankommt. Er legt den bismarckischen Reichsgedanken gegen die Weimarer Verfassung, die Möglichkeit, keinen natürlichen Lebensnerven genügt wieder, gegen den Zwang, gegen die Forderung des Reiches in das Verfassungsrecht, das ihm in Weimar gestimmert worden ist. Das bismarckische Reich an seine gestimmte Beherrschung nach Macht und Einheit und unter Führung in Stämme und in Stände. Es muß in diesem Augenblick beides unterdrückt werden, Stämme und Stände. Vor hundert Jahren, als die Niederlage von Jena und Auerstedt dem Ruf nach Wiederbefreiung von dem unendlichen Absolutismus Kraft gab, wies Stein den Weg zur Selbsterhaltung. Bismarck betrat ihn wieder

31. Oktober:	
1 Goldmark (Wechselkurs)	17 261 904 762
„ (Geldkurs)	17 218 809 524
„ (Wechselkurs)	17 305 000 000
Dollarschankleihe	
Goldanleihe	72 500 000 000
1 Dollar Brief	72 681 000 000
1 Dollar Geld	72 399 000 000
1 Pfd. Sterling	325 812 000 000
1 holländ. Gulden	28 471 000 000

und erst er fahre unter dem Boden, aus dem ihm die Gesundheit und Stärke aufsteigt.

Der Zukunftsangst müssen aber versicherungspolitischen und wirtschaftlich-gesellschaftlichen Vorkämpfer der Nation liegen heute in den Sorgen um Rhein klar vor unter aller Augen. Die Franzosen haben sich die äußerste Mühe gegeben, fünf Jahre hindurch eine separatistische Bewegung im besetzten Gebiete ins Leben zu rufen. Sie hatten keinen Erfolg damit, obwohl Anfangs ein großer Teil der dem Bürgerturn angehörigen Parteiführer für einen besonderen rheinischen Freistaat kämpften und mit den Bemühungen darum Vorkämpfer für die Erfüllung der französischen Forderungen leistete. Am Mittel- und Niederrhein hat sich noch niemals auf längere Dauer internationalistische Bewegungen gezeigt. Wie die Weltbewegungen, die im Laufe eines Jahrhunderts auf dieses Ziel gerichtet waren, führten nur zu Kräfteanstieg und nach vergeblichen Scheitlungen. Erst seit, wo die Absicht eines internationalistischen Bündnisses, das vor dem Kriege in der rheinischen Wirtschaft noch kaum eine Rolle spielte, sich ausstößt, bekommt die Lösungsbewegung vom Reich eine erhebliche Bedeutung. Diese Bedeutung ist ein Ergebnis der nachsinnlichen wilhelminischen Zeit innerhalb der ganzen Nation. Sie gehört nicht in den geschichtlichen Verband unseres Volkes. Sie ist im Gegensatz zu den reinigen gesellschaftlichen Schichten unseres Volkes emporgetrieben. Ausgebildet ist es unter Vaterland vom Weiten her eingebrochene kapitalistische Geistes, ist das Bündertum unterem Volk weisensfremd und hat daher auch die Probe nicht bestanden, als sein wirtschaftlich Vortell mit seiner vaterländischen Wärdigkeit in Widerspruch geriet.

Der Aufstufungsprozess, der namentlich den ganzen Rhein unter dem Druck der Weimarer Bevölkerung ergriffen hat, wird sich nicht aufhören lassen, wenn nicht auf das Zeichen Bayerns hin jetzt sich erhebt, was noch an liberalistischen und bündnerischen Kräfte im Vaterlande sich offenbart. Auf bündnerischer Seite fällt dabei die Verantwortung der Führung der deutschen Landwirtschaft zu. Sie hat heute für die moralische Zukunft der Nation die Entscheidung zu fällen. Wenn die Landwirtschaft jetzt nicht sofort den Führer herbeistellt, der in die Hand v. Staubs einschlägt, dann müssen wir uns damit abfinden, daß das bismarckische Reich nicht zu erneuern ist. Was bleibt dann übrig? Die Sozialdemokratie träumt von einem Großpreußen. Sie bildet sich ein, daß noch der Ablösung der rheinischen Gebiete und noch der abschließlichen Abtrennung Bayerns, Thüringens und Sachsen mit Berlin in einem Staate sich zusammenschließen werden, in dem Unklarismus und Zentralkismus auf kein Widerstreben stoßen. Sie hoffen, daß mit Thüringen und Sachsen unter Nürnberg, Vonnentrift auch Franken den großpreußischen Weg finden wird. Der rote Sozialismus wäre damit borniert. Das Reich und die Nation hätte mit ihrem Dasein abgetan, daß die Männer der Weimarer Bevölkerung einmal wirklich auf deutschem Boden einen Staat ganz entsprechend ihrer westlichen Ideologie errichten können.

Am Jahre 1807 sagte Napoleon I. zu dem Zaren Alexander, daß die natürliche Grenze zwischen Frankreich und Rußland, zwischen Romanentum und Slawentum die Elbe sei. Herr Beneke in Prag ist seit einer Reihe von Jahren derselben Ansicht. Wir, die wir nicht wie das jetzige Ministerium unter dem Vorhabe des Reichsfürsten Reichthof von Bemignens und unter der Vorherrschaft der Sozialdemokratie leblich innenpolitisch denken, vor diegenen uns nicht in dem selbstgefälligen Traume der sozialdemokratischen Führer. Uns jagt der arme Traum empor, daß die Meinung Napoleons nicht vor ihrer Erfüllung steht, wenn Stresemann bleibt und v. Raue sich nicht durchsetzt.

Die Beratungen in Bayern

München, 31. Oktober.

Wie die „M. N.“ melden, ist der Ministerrat gestern Vormittag zusammengetreten und hat über die Mittagsstunde über Beratung und Tagesweite der Berliner Mitteilung vom 27. Oktober. Vor der endgültigen Entscheidung, die zum vor Ende der Woche zu erwarten ist, sollen auch noch die Führer der Koalitionsparteien sich zusammenschließen. Diese treten heute zu einer Besprechung unter sich zusammen. Das Ergebnis der Besprechung wird der Staatsregierung in einer gemeinsamen Beratung unterbreitet werden.

Bayern verhandelt

München, 30. Oktober.

Neben den heutigen Ministerialrat erfahren wir noch, daß die vorläufige Antwort, die Dr. von Preger am Mittwoch in Berlin übermitteln wird, immerhin als Vertreter der Reichsregierung angesehen werden kann. In der Hauptsache wird die Antwort in München bestehen, u. a. aber auch die entscheidende Vermehrung der bayerischen Regierung gegen den Vorschlag des Reichsregierung erhalten und die Bestimmung, daß nach weiterer Ausdeutung eine Regelung der Personalfragen unter Überlegung des Generals von Kappeler nicht in Betracht kommen kann. Bayern wird eine Stellung der Koalitionsparteien halten und deren Ergebnis der Staatsregierung unterbreitet werden. — Beim bayerischen Generalstaatskommissar laufen täglich zahlreiche Telegramme und Briefe aus allen Teilen des Reiches ein, in denen der Freude über das Verhalten Bayerns und der Zustimmung Ausdruck gegeben wird, teils von Verbänden, teils von einzelnen maßgebenden Persönlichkeiten.

Die Demokraten gegen Bayern

Berlin, 31. Oktober.

Laut „M. T.“ beschloß die demokratische Fraktion, eine Abordnung zum Reichstag zu entsenden und ihn aufzufordern, die Autorität des Reiches gegen Bayern durchzusetzen. Die Partei des Reiches im Bürgerturn hat es sehr eilig, das Reich noch mehr zu gefährden.

Bund deutscher Männer „Der Wehrwolf“ an die bayerische Staatsregierung

Der Wehrwolf richtete von seiner Gesamtsitzung in der Reichshaus folgende Adresse an die bayerische Regierung: „Unser vorderevener werden die Zustände in Deutschland, immer frecher erhebt das Gewimmel am Rhein sein Quack. Nur eine mannschaft, harter, ungebogener Haltung gegenüber den Franzosen kann Erfolg haben. Wir beschließen die bayerische Regierung zu der Einigung Bayerns von internationalen Elementen. Dem Herr, wo sich die Parteien im unwürdigen Kampf in dieser höchsten Not des Landes zerstreuen, richten sich unsere Worte nach Bayern. Dort ist jetzt das deutsche Land, das im Kampf

gegen den Verfall der besten Part des Deutschtums ist. Dort ruht sich das Schicksal des deutschen Vaterlandes. Wir oder werden alles tun, die bayerische Regierung in diesem ihrem Kampfe für das wärdige Deutschtum zu unterstützen.

Die Rückkehr des Kronprinzen

(Von unserer Berliner Schriftleitung.) Berlin, 31. Oktober.

Das Gesetz zum Schutze der Republik bestimmt, daß diejenigen Mitglieder ebehem regierender Familien, die sich im Ausland befinden, ohne besondere Genehmigung nicht zurückkehren dürfen. Dieses Ausnahmengesetz richtet sich natürlich nur gegen den Kaiser und den deutschen Kronprinzen. Russ hat, wie wir erwähnen, das Reichsstatut beiseite, dem Kronprinzen die Einreiseerlaubnis zu erteilen. Wenn diese Jellen im Druck erscheinen, befindet sich der Kronprinz wohl schon auf dem Wege nach Delz (Schiffen), wo die Kronprinzessin mit den Kindern auf dem Kronprinzlichen Ost ins untersteigt. In der Aufhebung des Ausnahmestandes, der einem Deutschen, der weiter nichts will als dabei seiner Familie leben, Deutschland verlassen wollen, führte ein ausführlicher Brief des Kronprinzen an den Reichstag schon vor mehreren Wochen. Nach Abwendung des Reiches von der Kronprinz, wie wir wissen, ist dem Kaiser sein Vater, der Kaiser sagte dem Kronprinzen etwa folgendes: „Wie kannst du der Regierung versprechen, vollkommen nur als Ostseebote leben und dich wortlos der neuen Regierung fügen zu wollen? Wärdst du, wenn monarchistisch gesinnte Deutsche dich in Delz beländen, sie abweiten? Oder müßt du ihnen nicht diegehrig die unentzerrten treue Menschen in Deutschland danken? Der Kronprinz glaubt nicht an Schwierigkeiten. Nur die Sehnacht nach Weis und Kindern, nach der Heimat ist übermächtig geworden in ihm. Er kann auf das Beispiel des Kronprinzen vordrückt verweisen, der auch unangekündet in seinem Lande lebt.

Wiedereinführung der Militärkontrolle

Paris, 31. Oktober.

Was macht die Reichstagskonferenz habe gestern beschlossen, der deutschen Regierung eine Note ausgeben zu lassen, in der sie auf die Wiedereinführung der Militärkontrolle drängt. Die Mitglieder der Kontrollkommissionen in Deutschland sollen entsprechend der Regelung der Lebenshaltungskosten in Deutschland revidiert werden.

Das Krupp-Abkommen

Essen, 30. Oktober.

Die Verhandlungen, das Wirtschaftskomitee wieder in Gang zu bringen, führten zur Bildung von Wirtschaftsräten. Nachdem der Düsseldorf-Ausschuss bereits zusammengetreten ist, tagte gestern der Essener Ausschuss zum ersten Male. Es wurden Kommissionen gebildet, in sachliche Verhandlungen wurde men in den nächsten Tagen voraussichtlich definitiv eingewiesen, daß durch die Bildung von Wirtschaftskontrollräten für einzelne Bezirke eine Dezentralisation Platz greift, die dem Verlauf der Verhandlungen nicht günstig ist. Was die allgemeine Lage angeht, so wurde für Essen eine Vernehmung durch die Anklagebehörde geführt, daß das Krupp-Werkmen in den nächsten Tagen voraussichtlich definitiv abgeklärt werden.

In den übrigen Gebieten der Industriebezirke ist die Lage nach wie vor kritisch. Die Fernverkehr der Verhandlung, die Regelung der Reparationskoste und die Bestimmung der Kohlenpreise, unter Berücksichtigung der neuesten Nachrichten, die Lieferung der Reparationskoste durch eine große ausländische Anleihe zu finanzieren, ob die Frage der Kohlensteuer in der Weise zu lösen, daß den Franzosen eine Beteiligung am Reichsreifein Einkommen befristet werden, während hier in gewissen Kreisen Stimmung dafür gemacht wird, der französischen Republik aufzunehmen, besteht in anderen Kreisen ebenso kurze Meinung dagegen.

Beschleunigte Einberufung der Sachverständigenkonferenz

London, 31. Oktober.

„Times“ berichten, daß die gestrige Kabinetsitzung des Kabinetts zu einer endgültigen Stellungnahme mit Bezug auf die vorgeschlagene Sachverständigenkonferenz, die Erweiterung der Reparationsfrage sowie die diesbezüglichen Antworten der alliierten Regierungen gelangt ist. Es sei beschlossen worden, die Antworten Frankreichs, Italiens und Belgiens zu beschleunigen und den Vereinigten Staaten unverzüglich mitzuteilen, daß in Anbetracht der Zustände, daß alle Mitglieder der Abhaltung einer beratsamen Konferenz zugestimmt haben, die Angelegenheit jetzt beschleunigt und die Vereinigten Staaten ersucht werden können, ihren Vertreter, sobald es nötig erscheint, zu ernennen.

Herr Baldwin hat sich also wieder Poincarés Bedingungen unterworfen, monach die Sachverständigen von der Reparationskommission ernannt werden sollen. Deutschland soll nicht auszuviel von dieser Konferenz erwarten.

Amerika erneuert Sachverständige

London, 31. Oktober.

Neuer mehr als Washington, es verlaute, daß dem Reich, die Vereinigten Staaten wieder Vertreter beistimmen, die in der Sachverständigenkommission sitzen sollen, um das Reparationsproblem zu prüfen, bereitwillig zugegeben werden wird.

Nachprüfung der französischen Vertragsbedingungen

(Eigener Drahtbericht.)

Genf, 31. Oktober.

Der „Matin“ meldet, daß Poincaré am Dienstag nachmittag zum zweitenmal den englischen Botschafter empfangen und mit ihm längere Zeit konferiert habe. Die englische Regierung habe eine Sachprüfung der französischen Bedingungen der Wärdigkeit angezogen und zwar unter Berufung auf eine von Frankreich nicht angenommene Fassung des Verfallens Vertrags.

Amerikas Eingreifen in die europäische Politik

London, 31. Oktober.

Die „Times“ melden aus Washington, weiter das von Caudy O'Ryan veröffentlichte Kommuniqué, nach dem Poincaré gebotene Rede hätten nach Ansicht der amerikanischen Regierung eine Lage geschaffen, in der es den amerikanischen Wirtschaftskontrollräten unmöglich wäre, an einer Unterredung des

deutschen Jahreshöchstzahl teilzunehmen. Es sei die deutsche Wärdigkeit der amerikanischen Regierung, daß, wenn die von der Sachverständigen gemammelten Informationen die Summe einzufragen, die von ihm verlangt werden, wobei Frankreich noch irgendeine andere Regierung sich der Wärdigung der Beträge widerstehen könne. Was vor allem wichtig sei, daß die Unterredung unter solchen Bedingungen vor sich gehe, daß die Entscheidung in einer bestimmten Weise unterbreitet werde, daß kein Zweifel an der Wärdigkeit des Reiches des Reichsstatut besteht. Wenn eine Entscheidung bezüglich der Methoden in Europa ergriffen werde, so brauche keinerlei Schwierigkeit wegen der Teilnahme der Vereinigten Staaten erachtet werden, die die Entscheidung in einer bestimmten Weise unterbreitet werde, daß kein Zweifel an der Wärdigkeit des Reiches des Reichsstatut besteht. Wenn eine Entscheidung bezüglich der Methoden in Europa ergriffen werde, so brauche keinerlei Schwierigkeit wegen der Teilnahme der Vereinigten Staaten erachtet werden, die die Entscheidung in einer bestimmten Weise unterbreitet werde, daß kein Zweifel an der Wärdigkeit des Reiches des Reichsstatut besteht.

Baldwins Wirtschaftspolitik

London, 31. Oktober.

Baldwin nannte in einer Rede in Edmonton als Vorkämpfer für die britische Wirtschaft den Frieden, die Erneuerung der Erneuerung und Ausbreitung der Produktionsmaschine durch Erpanzierung der Nation, Schutz vor der Auslandskonkurrenz, Verknüpfung der Lebensmittelindustrie Englands und regte die Erprobung der vorgeschlagenen Wirtschaftspolitik im Stowport-District an.

Einberufung des Auswärtigen Ausschusses

Berlin, 31. Oktober.

Wie wir hören, ist der Auswärtige Ausschuss des Reichstags vom seinem Vorsitzenden Graf Dr. Schulz zum Montag zu einer Sitzung einberufen worden. Man nimmt an, daß im Verlauf dieser Woche noch wichtige Entscheidungen auf auswärtigen Gebiete fallen werden.

England gegen die Sonderbündler

Paris, 31. Oktober.

Der diplomatische Berichterstatter der Savoyanerzeit glaubt zu wissen, daß die britische Regierung ihre Botschafter in Paris und Brüssel beauftragt hat, der französischen und belgischen Regierung mitzuteilen, daß die Legalität der belgischen rhenischen Regierung nicht anerkennen und daß sie sich jedem Versuch, den separatistischen Zustand in die britische Zone von Paris vorzutragen, widersetzen werde. — Laut „Echo de Paris“ habe der englische Botschafter in Paris ferner zum Ausdruck gebracht, daß die französische Bewegung nicht ein Zeichen eines Scheiterns der Versuche aufzupreizen. Die britischen Botschafter hätten ferner die Haltung der Regierungen von Brüssel und Paris gegenüber den Separatisten kritisiert, die als eine Verletzung des Versailles-Vertrages bezeichnet werde.

Standgericht der Sonderbündler

St. O. Oktober.

Wie aus Trier gemeldet wird, wurde dort ein junges Mann von 47 Jahren, der in Paris angetroffen wurde, als ein Sonderbündler festgenommen, verurteilt und hangedollisch erschossen.

Dortens Proklamation an die Welt

Paris, 30. Oktober.

Nach einer Meldung aus Paris wachte sich Dorten mit einer bombastischen Proklamation an die Welt und gab den Grund der Reichsrepublik wieder kund. Der Dorten ist eben großmüdigkeit wie minderwertig.

Der Abbau des Beamtenkörpers

Berlin, 31. Oktober.

Seine Absicht des Personalkörpers des Reiches sollen zunächst alle über 65 Jahre alten Beamten entfernt werden. Im übrigen soll der Personalkörper um 25 Prozent vermindert werden. Um einen Anreiz zu freiwilligen Aufhebungen zu geben, wird den Beamten eine Reihe von Vergünstigungen gegenüber dem gewöhnlichen Dienstverhältnis zugesagt. Die nach dem Dienstalter abgestuft ist und das Ein- bis Höchstlohn des letzten Monatsentlohnens beträgt, entlassen werden. Uebermäßige Verloren sollen von Amts wegen entlassen werden, wobei in erster Linie die Rekrutingsfähigkeit entscheidend. Bei gleichzeitigen Leistungen von 60 Jahre alten Beamten aus. Reichslicht werden auch der Familienstand und die Zahl der zu versorgenden Kinder. Schwerbeschädigte Beamte kommen in letzter Linie in Frage. Der Beamtenrat und die Beamtenvertreter sind zur wärdigen Wärdigung der sozialen Verhältnisse anzuhören. Politische Konfessionen oder geschlechtliche Belästigung darf ferner Grund zur Entlassung bilden. Für Beamte mit über achtjähriger Dienstzeit ist Vorschlag in der einflussreichen Rubrikland mit Vorklage, daß je nach der Dienstzeit 40 bis 80 Prozent beträgt, vorgesehn. Für beeherrschte weibliche Beamte und Beamtinnen wird die Säuberungsmöglichkeit eröffnet, auch wenn sie bereits ehelich eingetragte sind, aber nur, wenn die wirtschaftliche Versorgung gesichert ist. Die nach der Verfassung verbotenen Ausnahmestellen gegen weibliche Beamte konnten eingeschärft werden, daß die Beschäftigung weiblicher Frauen als den dienstlichen Interessen schädlich herausgestellt hat. Beamte und Beamtinnen dürfen nicht eingestellt werden. Bis zum 31. April 1924 wurde eine Vorklageperiode angeordnet. Angestellte sollen, soweit zwingende dienstliche Gründe nicht entgegenstehen, gegen Abfindungsummen entlassen werden, weibliche Angestellte aber sollen solche nur dann entlassen, wenn ihre wirtschaftliche Versorgung nicht gesichert ist. Ein Abgang der Angestellten im Vergleich mit dem, wenn der Empfänger noch ein weiteres hundertbes Privatvermögen besitzt.

Eine Reihe von Bestimmungen auf dem Gebiet des Verordnungswezens dient einer weiteren erheblichen Eindämmung der Ausgaben.

Die Sicherstellung unserer Ernährung

Berlin, 31. Oktober.

Reichsernährungsminister Graf Rautenbach erklärte gestern in einer Rede vor dem Reichstag, daß die Reichsregierung die Organisation der Rohstoffindustrie ausdehnen und die Produktion der landwirtschaftlichen Produktion und damit der Versorgung der Verbraucher an. Er machte Mitteilung von den nach dieser Richtung getroffenen Maßnahmen und von den seitens der Reichsregierung zur Erreichung und Wärdigung dieser unternehmenden Bemühungen. Einleitend fuhr er unter Hinweis auf die Fortschritte der landwirtschaftlichen Produktion nötigen Schritte ergreifen sich Lebensmittelversorgung. In der gegenwärtigen Ernährung sind die Reichsregierung in der Lage, die Ernährung zu sichern und die Bevölkerung zu versorgen.

